



Liebe Leserinnen und Leser,

Diese Woche stand im Zeichen des neuen Haushalts, beginnend mit der Vorstellung des Haushaltsentwurfes am Dienstag. Am Mittwoch fand dann die Generaldebatte mit Angela Merkel und Alexander Dobrindt statt. Zudem stellten alle Ministerien ihre Etats und anliegenden Projekte im Plenum vor.

Die Generaldebatte ist traditionell der Höhepunkt der Haushaltsberatungen im Bundestag. Während sich die Kanzlerin für höhere Verteidigungsausgaben stark machte, geißelte Alexander Dobrindt linke Schuldenmacherei. Der Vorsitzende der CSU im Bundestag bekräftigte zudem seine Kritik an der aggressiven Anti-Abschiebe-Industrie.

In einem kurzen Gastbeitrag kommentiert Alois Rainer, Vorsitzender des Arbeitskreises Finanzen und Haushalt, den Haushaltsentwurf.

Herzliche Grüße

Christian Schmidt MdB

Diese Woche

Generaldebatte: Die CSU verschafft sich in der Haushaltswoche Gehör	2
Bundshaushalt 2018: Die Schwarze Null steht	5
Kommentar: Generationengerechter Haushalt eröffnet zusätzliche Spielräume	8

Treten Sie mit mir in Kontakt:

Homepage: www.christian-schmidt.de/
E-Mail: christian.schmidt.wk@bundestag.de



Generaldebatte

Die CSU verschafft sich in der Haushaltswoche Gehör



© picture alliance / Michael Kappeler / dpa

Die Generaldebatte ist traditionell der Höhepunkt der Haushaltsberatungen im Bundestag. Während sich die Kanzlerin für höhere Verteidigungsausgaben stark machte, geißelte Alexander Dobrindt linke Schuldenmacherei. Der Vorsitzende der CSU im Bundestag bekräftigte zudem seine Kritik an der aggressiven Anti-Abschiebe-Industrie.

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) zeigte sich in der Generaldebatte am Mittwoch mit dem neuen Haushalt sehr zufrieden und hob die Anstrengungen der schwarz-roten Regierung positiv hervor, auf neue Schulden im Bundeshaushalt weiterhin zu verzichten. Hierzu sagte die Kanzlerin „Das ist alles andere als selbstverständlich“, auch wenn es in Deutschland schon fast zur Gewohnheit geworden sei. Deutschland werde im kommenden Jahr zudem erstmals seit knapp 15 Jahren wieder eine Gesamtverschuldung von weniger als 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aufweisen. Vor weniger als fünf Jahren hatte diese noch bei knapp 80 Prozent gelegen. „Dass wir das schaffen, ist nichts anderes als Generationengerechtigkeit pur“, so Merkel. Die Kanzlerin stärkte ihrer Verteidigungsministerin den Rücken und sprach sich für höhere Verteidigungsausgaben aus: „Es geht nicht um Aufrüstung, sondern um Ausrüstung.“



Damit geht die Bundeskanzlerin auf eine Forderung der CSU ein, die vehement für höhere Verteidigungsausgaben kämpft, um die Landes- und Bündnisverteidigung weiterhin gewährleisten zu können. Vor allem aber haben es die deutschen Soldaten verdient, mit ordentlicher Ausrüstung in den Einsatz zu gehen. Die CSU im Bundestag steht zur Truppe. Zum Abschluss ihrer Rede widmete sich die Kanzlerin noch den Anker-Zentren. Auf die Kritik aus der SPD an den geplanten Anker-Zentren, aus denen abgelehnte Asylbewerber schnellstmöglich wieder in ihre Heimatländer abgeschoben werden sollen, reagierte sie mit dem Hinweis: „Ich finde, jetzt sollten wir auch alle dazu stehen.“

Auch Landesgruppenchef Alexander Dobrindt (CSU) begrüßte den soliden und ausgeglichenen Haushaltsentwurf. Man habe hier einen Haushalt geschaffen der Innovationen vorantreibt, den Wohlstand fortschreibt, Europa gestaltet und die Souveränität unserer Heimat bewahrt. Die Kritik aus dem linken Spektrum an der Schwarzen Null und dem ausgeglichenen Haushalt konterte Dobrindt scharf. Linke Politiker hatten zuvor die seriöse Haushaltspolitik der Regierung als Budget-Fetisch verunglimpft. Auch Präsident Macron hatte diesen Begriff im Zuge der Karlspreis-Verleihung in Aachen verwendet. „Ich verstehe überhaupt nicht, wieso man daran nach all den Erlebnissen, die wir in der Vergangenheit im Zusammenhang mit der Schuldenkrise in Europa hatten, auch nur einen Hauch an Kritik äußern kann“, so Dobrindt. Es sei vollkommen egal, ob dieser Unsinn im Deutschen Bundestag oder in Aachen erzählt wird, es war nicht der Budgetfetisch, der Europa in die Krise geführt hat. Es war der linke Schuldenfetisch, der einige Länder Europas an den Rand des Abgrunds gebracht hat. Der Vorsitzende der CSU im Bundestag machte überbordende Ausgaben und linke Umverteilung für die Währungskrise in Europa verantwortlich und bekräftigte daher: „Diese Lasten haben wir noch immer zu tragen. Tragen können wir sie in Europa ausschließlich deshalb, weil Deutschland in der Lage ist, solide Haushalte aufzustellen.“

Außerdem widmete sich Dobrindt in seiner Rede der Zukunft Europas:

„Ich bin froh, dass wir in dieser Debatte auch ausgiebig über Europa gesprochen haben. Ein starker Staat, wie wir ihn in unserem Haushaltsentwurf vorsehen, funktioniert heute als starker Nationalstaat mit nationaler Souveränität nur dann, wenn es ein starkes Europa gibt. Nur dann werden wir unsere nationale Souveränität auf der Welt erhalten können. Ich will ein starkes und geeintes Europa. Das heißt aber nicht, dass ausschließlich diejenigen gute Europäer sind, die die meisten Kompetenzen möglichst schnell an Brüssel abgeben wollen. [...] Wir wollen stärker werden in Europa, und das heißt, einen klaren Mehrwert mit dem, was wir für Europa vereinbaren wollen, zu verbinden; mehr Europa im Großen, weniger im Kleinen. Wir sind bereit, dafür finanzielle Aufwendungen bereitzustellen. Wir wollen auch den Schutz der Außengrenzen vorantreiben, und wir wollen dafür sorgen, dass Europa in der Tat bei den ganzen Fragen der Migration mehr Verantwortung übernehmen kann.“

Alexander Dobrindt bekräftigte erneut seine Kritik an der Anti-Abschiebe-Industrie. In vorausgegangen Interviews hatte der Vorsitzende der CSU im Bundestag bemängelt, dass die Zahl der Asyl-Klagen dramatisch ansteige. So habe sich die Zahl der Asylverfahren vom Jahr 2016 auf das Jahr 2017 mehr als verdoppelt, auf rund 360.000 Verfahren.



Dies überlaste die Verwaltungsgerichte und führe zu längeren Asylverfahren. Dobrindt bezeichnete verzögerte Rechtsverfahren und verlängerte Aufenthalte als Pull-Effekt für illegale Migration. Auch die Flüchtlingsräte und Helferkreise, welche Abschiebungen verhindern, sabotieren und Migranten zum Untertauchen raten, damit diese nicht in ihre Heimatländer abgeschoben werden können, attackierte Dobrindt scharf. Diesen Gruppierungen unterstellte Dobrindt alles andere als ein rechtsstaatliches Verständnis von Asylverfahren.

Dobrindt forderte in seiner Rede zudem eine Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um 0,5 Prozentpunkte. Der Zeitpunkt sei günstig, da die Bundesagentur für Arbeit demnächst Rücklagen in einer Größenordnung von 20 Milliarden Euro habe. Dobrindt hierzu wörtlich: „Die Sozialkassen sind keine Sparkassen.“ Man dürfe zudem nicht vergessen, dass es sich bei diesen Rücklagen um Geld der Beitragszahler handle. Union und SPD hatten sich in ihrem Koalitionsvertrag bereits auf eine Senkung um 0,3 Punkte auf 2,7 Prozent des Bruttolohns verständigt. Auf Grund der guten Finanzdaten sieht Dobrindt nun deutlich mehr Potential. Dies entspräche einer Senkung von rund 6 Milliarden Euro.





Bundeshaushalt 2018

Die Schwarze Null steht



© picture alliance/Michael Kappeler/dpa

Diese Woche stand im Zeichen des neuen Haushalts, beginnend mit der Vorstellung des Haushaltsentwurfes am Dienstag. Am Mittwoch fand dann die Generalausprache mit Angela Merkel und Alexander Dobrindt statt. Zudem stellten alle Ministerien ihre Etats und anliegenden Projekte im Plenum vor.

Haushaltsentwurf

Der neue Haushalt ist solide, sozial gerecht und zukunftsorientiert. Er sieht Ausgaben in Höhe von 341 Milliarden Euro und keine neuen Schulden vor. CSU-Finanzpolitiker Alois Karl erklärte hierzu in seiner Rede im Zuge der Haushaltswoche: „Die Schwarze Null gehört zum Markenkern der Haushaltspolitik der Union.“ Folgerichtig hat die Union während der Koalitionsverhandlungen mit der SPD auf einen soliden Haushalt gepocht und sich auf ganzer Linie durchgesetzt. Wir machen keine neuen Schulden und leben nicht auf Kosten zukünftiger Generationen. Der mit Abstand größte Posten im neuen Haushalt ist der Etat für Arbeit und Soziales mit rund 140 Milliarden, gefolgt von den Verteidigungsausgaben mit 38,5 Milliarden. An dritter Stelle folgt das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur unter Andreas Scheuer (CSU) mit 27,6 Milliarden Euro. Besonders zu erwähnen ist, dass Innovation und Investition im besonderen Fokus des Haushaltsentwurfs stehen. Vor allem die CSU hat die Zukunft im Blick. Allein im Haushaltsentwurf für das laufende Jahr ist daher eine Steigerung der investiven Ausgaben um rund drei Milliarden auf 37 Milliarden Euro vorgesehen.



Bundesministerium des Innern für Bau und Heimat

Dem Haushaltsentwurf 2018 zufolge plant die Bundesregierung Ausgaben in Höhe von 13,76 Milliarden Euro für das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat. Das sind rund fünf Milliarden Euro mehr als noch 2017. Der Aufwuchs ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass der Bereich Wohnungsbau und Stadtentwicklung in den Etat aufgenommen wurde. Zuvor waren diese Ausgaben im Umweltministerium verortet. Allein für die Städtebauförderung plant Horst Seehofer (CSU) über 800 Millionen Euro ein. Vor allem aber werden sicherheitspolitische Maßnahmen finanziert. Bundesinnenminister Seehofer betonte zu Beginn der Debatte, dass sein Haushalt vor allem ein Haushalt für die nationale Sicherheit sei. Die Große Koalition habe der Bevölkerung mehr Stellen für die Sicherheitsbehörden sowie mehr Mittel für die Ausstattung zugesagt. Hier habe man Wort gehalten. Zu den geplanten Anker-Zentren für Asylbewerber, versprach Seehofer, dass entsprechende Einrichtungen im Spätsommer eröffnet werden können. Durch diese Zentren sollen Asylverfahren beschleunigt und abgelehnte Asylbewerber zeitnah abgeschoben werden.

Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur

CSU-Bundesminister Andreas Scheuer soll laut Haushaltsentwurf knapp 28 Milliarden Euro zur Verfügung stehen. Scheuer war es hierbei wichtig, dass der Haushaltsentwurf alle Verkehrsträger würdigt. Zugleich würde aus seinen Mitteln alternative Antriebsformen gefördert und die Digitalisierung in allen Bereichen vorangetrieben. Dafür stünden bis 2021 gut 60 Milliarden Euro als Investitionsrahmen zur Verfügung. Scheuer erklärte hierzu: „Wir wollen Mobilität weiterentwickeln. Wir wollen moderne Mobilität, die die Bedürfnisse der Menschen kennt und auf sie reagiert und die Verkehrsträger vernetzt. Wir wollen eine Mobilität, bei der der Verkehr fließt, statt zu stocken, und die dabei zunehmend auf alternative Antriebsformen setzt.“ Auch die Digitalisierung und der Breitbandausbau wird im Haushalt großzügig bedacht. So soll unter anderem ein Digitalfonds aufgelegt werden. Gegen Kritik seitens der Opposition wehrte sich Daniela Ludwig (CSU), Obfrau im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur. So hätten inzwischen mehr als 80 Prozent der Haushalte in Deutschland einen Zugang zu schnellem Internet mit 50 Mbit oder mehr.

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

„Die Entwicklungspolitik hat heute einen vollkommen neuen Stellenwert erhalten“, betonte Bundesentwicklungsminister Gerd Müller (CSU) in der rund 90-minütigen Debatte zu seinem Etat. Der Minister kündigte unter anderem an, rund 25 Prozent seiner Mittel in eine neue Ausbildungsinitiative für Entwicklungsländer investieren zu wollen. Außerdem forderte er eine Europäisierung der Afrika-Politik. Die Europäische Union gebe deutlich mehr Geld für ihre eigene Agrarwirtschaft als für den afrikanischen Nachbarkontinent aus. Nur 42 Milliarden Euro seien für die europäische Afrika- und Entwicklungspolitik. „Das wird den Zukunftsherausforderungen nicht gerecht“, erklärte der CSU-Minister.



Im laufenden Jahr soll das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung knapp 9,5 Milliarden Euro und damit 900 Millionen Euro mehr als im Vorjahr erhalten. Vor allem in Bezug auf die Bekämpfungen der illegalen Migration sowie der allgemeinen Sicherheitslage in Afrika und dem Nahen Osten sind diese Ausgaben als Präventionsmaßnahmen zu sehen.

Zeitplan

Nach Abschluss der ersten Lesung des Bundeshaushalts mit allen Einzelressortplänen werden die Ausgabenvorhaben im Haushaltsausschuss beraten und in der Regel noch angepasst. Die CSU wird sich insbesondere für höhere Verteidigungsausgaben einsetzen. Es geht hierbei darum, die Bundeswehr für die heutigen Anforderungen auszustatten. Die Soldaten müssen so ausgestattet werden, dass sie Auslandseinsätze gut absolvieren, aber gleichzeitig die wachsenden Aufgaben rund um die Landes- und Bündnisverteidigung bewerkstelligen können. CSU-Verteidigungsexperte Reinhard Brandl hatte dies in seiner Rede nochmals unterstrichen. Bis Anfang Juli soll der Bundestag das Zahlenwerk dann final beschließen. Der Haushalt soll nach den Beratungen im Parlament bis Anfang Juli beschlossen werden.





Kommentar

Generationengerechter Haushalt eröffnet zusätzliche Spielräume



© picture alliance/Wolfgang Kumm/dpa

Alois Rainer, Vorsitzender des Arbeitskreises Finanzen und Haushalt, findet für den Haushaltsplan 2018 warme Worte.

Der zweite Regierungsentwurf zum Haushaltsplan 2018 kommt erneut ohne Neuverschuldung aus. Darüber hinaus haben die Steuerschätzungen der vergangenen Woche gezeigt, dass sich für den Finanzzeitraum vom 2018 bis 2022 zusätzliche haushaltstechnische Spielräume ergeben haben. Gesamtstaatlich betragen die kumulierten Steuermehreinnahmen 63,3 Milliarden Euro bis 2022. Das heißt, dass dem Bund ein zusätzlicher Spielraum von 10,8 Milliarden Euro im Bundeshaushalt zur Verfügung steht. Die zusätzlichen Mittel ergeben sich aus der letzten Steuerschätzung vom November 2017 im Vergleich zur aktuellen Schätzung vom Mai 2018.

Die erneuten Steuermehreinnahmen verdanken wir der anhaltenden guten Wirtschafts- und Beschäftigungslage in unserem Land. Es ist aber auch das Ergebnis einer guten Finanz- und Wirtschaftspolitik der unionsgeführten Bundesregierung der vergangenen Jahre. Bei gleichzeitigen Investitionen und steuerlichen Entlastungen fällt erstmals seit 2002 die Schuldenstandsquote in der aktuellen Projektion im Jahr 2019 wieder unter den Grenzwert von 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.



Durch eine geringe Schuldenlast schaffte die Bundesregierung finanzielle Spielräume und sorgt dafür, dass die Schuldenlast für die künftige Generation nicht weiter ansteigt. Gleichzeitig werden die Ausgaben für Investitionen im Bundeshaushalt nochmals steigen. Bis 2021 betragen die Investitionen insgesamt über 146 Milliarden Euro. Bereits im Haushalt 2018 werden investive Ausgaben im Vergleich zum Vorjahr um 3 Milliarden Euro auf 37 Milliarden Euro anwachsen. Im Weiteren konnten die prioritären Maßnahmen mit einem finanziellen Volumen in Höhe von 46 Milliarden Euro in sechs Schwerpunktbereichen definiert werden. Insgesamt bestehen die gesamtstaatlichen Entlastungen für Steuerzahler, Familien und Arbeitnehmer in dieser Legislaturperiode 62,7 Milliarden Euro. Schon in 2019 werden Familien und Arbeitnehmer mit 12,1 Milliarden Euro entlastet.

Mit den zusätzlichen Steuermehreinnahmen wollen wir zum einen den Digitalfonds mit insgesamt 2,4 Milliarden Euro in 2018 vorfinanzieren, und zum anderen wollen wir den Abbau der kalten Progression ab Januar 2019 weiter fortsetzen. Die Verwendung von 2,4 Milliarden Euro für die Finanzierung des Digitalfonds stellt darüber hinaus auch aus Sicht der Unionsfraktion die richtigen Weichen, um die Digitalisierung der Schulen und den Breitbandausbau in Deutschland zu forcieren.

Weitere finanzielle Spielräume, so regelt es der Koalitionsvertrag, werden prioritär für die Bereiche Verteidigung und Entwicklungspolitik im Verhältnis eins zu eins zur Verfügung gestellt. Dieses werden wir zwingend einfordern. Es ist wichtig, dass die Bundeswehr, die dringend eine bessere Ausrüstung benötigt, auch die Ausrüstung erhält, die sie zur

Erfüllung ihrer Einsätze braucht. Alles in allem ist der zweite Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt mit einem Volumen von 341 Milliarden Euro aus meiner Sicht ein zunächst guter Entwurf, denn er verknüpft Entlastung mit Investitionen und Zukunftsorientierung mit Solidität. Daher werden wir nicht nur für die anstehenden Beratungen, sondern auch die zukünftigen Haushalte genau darauf achten, dass sich die positive Entwicklung einer soliden Finanz- und Haushaltspolitik weiter fortsetzt.



Impressum

Herausgeber: Christian Schmidt MdB, CSU im Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin,
Telefon: 030 / 227 71630, Fax: 030 / 227 76962
E-Mail: christian.schmidt@bundestag.de,